

Deutscher Verkehrsband

Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SW 11 Michaelstr. 1. Tel.: Moritzpl. 050, 10070. / Redaktionsschluss 6 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 8

Berlin, den 19. Februar 1927

5. Jahrgang

Gegen die militaristische Expedition nach China.

Das Exekutivkomitee der IFF begrüßt die von der britischen Arbeiterbewegung eingeleitete Protestaktion gegen die herausfordernden militärischen Vorbereitungen, die zu einem Kriegsausbruch im fernem Osten führen könnten.

Es begrüßt die Bestrebungen der chinesischen Arbeiter auf nationale Einheit und ihren Willen, einen höheren Lebensstandard zu erreichen, denn die Arbeitsbedingungen in den Ländern des Westens werden durch die Konkurrenz seitens der billigen Arbeitskräfte im Osten beeinträchtigt.

Es dringt bei den chinesischen Führern darauf an, keinen Anlaß zur Anwendung von Gewalt zu geben, da eine friedliche Lösung auf der Grundlage der internationalen Gerechtigkeit, d. h. auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes möglich ist, und appelliert an alle angeschlossenen Organisationen, die sorgfältig zu überlegen, um gegebenenfalls alles Mögliche zu tun, um einen Krieg zu verhindern, der den internationalen Kapitalismus stärken und die internationale Arbeiterklasse schwächen würde.

Eine unerquidliche Obrigkeit.

Wählerisch sind wir Arbeiter ja gerade nicht, aber was da aus dem schwarzblauvolksparteilich angeführten Hindenburgkessel als Regierung herausgetrieben ist, scheint uns denn doch eine recht unerquidliche Angelegenheit zu sein. Daß der Kanzler Marx die Vernunft in der Innen- und Außenpolitik walten lassen, während die Volkspartei nur nach außen Vernunftpolitik treiben will, das könnte man schließlich noch hinnehmen, denn wir sind ja nicht vermöhnt. Toll und unerquidlich wird Hindenburgs Fackelsucht, wenn der blaue Flügel des Regierungsblocks in der Politik überhaupt keine Vernunft anerkennen will. Mit dem bei den alten Konventionen so verhassten Bötticher konstatieren die Deutschnationalen, daß „Vernunft kein als verfassungsmäßig anerkannter Faktor ist“, und daß sie deshalb nicht gegen die Verfassung verstoßen, wenn sie in der Außenpolitik Frankreich und Polen kräftig vor die Bäume treten und im Inneren die Wahrung der Verfassung einem monarchistischen Kappisten in die Hand geben. Vernunft ist kein Faktor der Verfassung. Herr von Reubell, der Reichsinnenminister, war bei Ausbruch der Kapperebellion Landrat. Er hat den Putsch nach Möglichkeit unterstützt und drohte den regierungstreuen Arbeitern mit Zuchthaus und Kugel, mit Galgen und Kad. Das war nunvernünftig, denn nur ein unvernünftiger Mensch konnte hoffen, daß ein

Haufen randalierender Offiziere

und anderer halbseidenener Abenteuerer gegen den Willen des Volkes zur Herrschaft kommen konnte. Die Unvernunft des Herrn Reubell und seiner Verteidiger ist aber noch nicht erschöpft. Er verteidigt heute als Berufener „Schüler der republikanischen Verfassung“ mit unvernünftigen Redensarten seine damalige Unvernunft als Ausfluß höchst. Vernunft. Er habe „nur“ die Befehle der Obrigkeit weitergegeben, meint er. Das ist zwar durchaus nicht alles was er tat — aber wie wird Hindenburg? Wie, wenn morgen ein monarchistischer Usurpator à la Kapp auftaucht — wird dann Reubell der neuen „Obrigkeit“ untertan werden oder wird er seinen auf die republikanische Verfassung geschworenen Eid halten? Verlorene Frage! Warum

überhaupt der Lärm um Reubell, wenn in der Regierung doch noch einige Reubell mehr sitzen? Der Fall Reubell ist typisch für die neue Regierung. Obgleich es für Reubell nichts mehr zu leugnen gibt, obwohl seine Rolle während der paar Tage der Kappherrlichkeit so eindeutig wie möglich ist, leugnet er mit zweideutigen Erklärungen alles ab. Er hielt den Generalfreiwiliger gegen Kapp für Unordnung und den Putsch gegen die Republik für Ordnung, und da ein Landrat für Ordnung zu sorgen hat — na, undso weiter. Das alles wundert uns bei den Deutschnationalen gar nicht, aber es ist unerquidlich, wenn nun die Marx und Stresemann so tun, als ob sie von der Harmlosigkeit Reubells überzeugt seien. Bei Niederschrift dieser Zeilen steht die Regierungserklärung noch aus, aber die Zeitungen des Innenministers mit der puschlüsternen Vergangenheit können schon mitteilen, daß der Reichsanwalt sich von der schneeweißen Unschuld des Reubell „überzeugt“ habe. Da ja Marx schließlich nicht nötig hat ohne Vernunft zu leben, weil er nicht deutschnational ist, dürfte seine Entscheidung über Reubell wohl nur aus dem Strafgesetzbuch erklärlich, aber nicht durch Vernunft und Moral erzwungen sein. Und dadurch wird aus dem unerquidlichen Fall Reubell

eine unerquidliche Obrigkeit

Regierung, verfassungsmäßig begrenzte Regierung, darf man ja nach alledem kaum noch sagen. Das Zentrum begibt sich in Abhängigkeit von den Deutschen, die für sich in Anspruch nehmen, allein national zu sein. „Ost nennt man das national, wozu man sonst keinen rechten Grund anzugeben weiß“, sagte Eugen Richter einmal. Sie werden den Arbeitern „national“ das Fell über die Ohren ziehen — wenn die Arbeiter stillhalten. Arbeitslosenversicherung, Matrosen über den Achtstundentag, Aufhebung der Roggenzölle und andere proletarische Lebensnotwendigkeiten mehr, über die in der nächsten Zeit entschieden werden soll, sind ebenso viele Prüfteine für die Regierungsparteien. Nach dem Umfall des Zentrums in der Reubell-Angelegenheit befürchten wir nun das schlimmste. Die christlichen Gewerkschaften stehen heute noch zu ihren Forderungen. Aber man weiß auch, wieviel Wasser sie im Wein vertragen können, ehe sie Wasser Wasser nennen. Uns will es scheinen, als täten die Arbeiter gut, sich nicht allein auf unsere parlamentarischen Machtmittel zu verlassen, denn die Unternehmer sind drauf und dran, ihre neu errungene parlamentarische Macht außerparlamentarisch auszubenten. Wie in ihrer sozialpolitischen Sünden Mäntelblüte gehen die Ausbeuter dazu über, einen Streik oder aber auch nur eine gewerkschaftliche Forderung mit brutaler Absperrung zu beantworten. Die lässlichen Metallindustriellen wollen sich in diesem Bestreben nicht einmal durch laufende Tarifverträge hindern lassen. Wozu haben sie denn die Regierungsgewalt hinter sich, wenn sie sich nicht einmal straflos über das Gesetz hinwegsetzen dürfen. Wir glauben, die Arbeiter können aus dem Verhalten der Unternehmerparteien und ihrer Geldgeber allerlei lernen. Es fragt sich nur, ob sich das dem Proletariat schon in der Klassenschule eingemispelte Verantwortlichkeitsgefühl gegen das Ganze, ob sich seine ererbten und angeerbten Moralbegriffe so schnell überwinden lassen werden, wie das den Unternehmern möglich war.

Der Geldsack erzieht seine Herren und Diener zur Selbstsucht

und von der Verantwortlichkeit und Moral lernen sie nur die Namen kennen. Bei den Proleten ist es gerade umgekehrt. Vielleicht nutzen sie die Zeit ihrer

Rechtlosigkeit und trainieren sich auf die Tugend ihrer sozialen Feinde. Jedenfalls haben wir ein untrügliches Leuchtfeuer für unsere Fahrt in die Zukunft. Herr von Hindenburg hat „die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen“ in die Hände einer massenfeindlichen Regierung, in die Hände einer

„Mehrheit der bürgerlichen Parteien“

gelegt. Die Politik dieser „Mehrheit“ geht im und außer dem Parlament auf Entrechtung der Arbeiterklasse. Herr Hindenburg hat nicht gleichzeitig befohlen, die „breiten Arbeitermassen“ nach ihren „berechtigten Interessen“ zu fragen und er hat weiter „vergessen“ zu befehlen, daß darüber, was „berechtigten Interessen der Arbeitermassen“ sind, nur diese selbst zu befinden haben. Das war diplomatisch und klug: die Herren, die sich bei der Regierungsbildung so gern dem militärischen Befehl beugten, hätten ihm bei den anderen Befehlen den Gehorsam verweigert. Was im Interesse der Arbeiter liegt, entscheiden die Nachfolger der Bued und Stumm nach altem Rezept — nur die Terminologie hat sich ein wenig geändert. Bei Bued und Stumm hieß es einfachen Löhnen, und niedriger Lohn und lange Arbeitszeit bewahrt die Tugend der Arbeiter vor dem Verberk. Heute sagen die Herren: Wir brauchen zum Aufbau der Wirtschaft niedrige Preise und deshalb dürft ihr Arbeiter nur niedrigen Lohn fordern. Damit ihr aber bei den kleinen Stundenlöhnen leben könnt, erlauben wir euch 12, 14, 16 Stunden und länger am Tag zu arbeiten. Wie unsere Obrigkeit die „berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen“ versteht, beweist das Arbeitsschutzgesetz, das eine

16 stündige und längere Arbeitszeit

zulassen will, beweist die Lohnpolitik der Stützen unserer neuen Obrigkeit, die uns durch Preiswucher

bei Hungerlöhnen

in den christlich-höllischen Himmel hinein „interessieren“. Etwa in dem Sinn wie Laffale es einmal skizzierte:

Hungersterben kann in einem doppelten Sinne genommen werden. So, so im Augenblick hinfallen, tot sein im Moment vor Hunger — das geschieht sehr selten; aber wenn man fortwährend eine größere Verausgabung von Kräften vornimmt, als man infolge zu schlechter Lebensmittel und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt ersehen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit... Nur daß dieses Hungersterben dann gerade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungersterbens ist demnach ein permanenter.

Für die Kinder sorgt dann das Zentrum, das sie durch das Konkordat mit Himmelsmanna versorgt. Und wenn sie trotzdem sterben, werden sie kleine Engel und beten an Gottes Thron für Hindenburg und die Regierung auf der von Westarp gerühmten christlichen Grundlage...

Obrigkeit... Das Wort ist uns seit der Schaffung der Weimarer Verfassung etwas fremd geworden. Wir hoffen, daß sich die von Hindenburg so gut bedachten „breiten Arbeitermassen“ nicht wieder an ihre Untertanenpflichten gewöhnen. Wir hoffen, daß sie durch die Stärkung ihrer proletarischen Organisationen die Republik, die republikanische Verfassung und ihre eigenen staatsbürgerlichen Rechte schützen werden gegen die

unerquidliche Obrigkeit

und ihre verfassungswidrige Praxis.

Förderung, sondern die Verhinderung des sozialpolitischen Fortschritts eingeleitet ist.

Inzwischen haben die Verhandlungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Reichstage begonnen. Die Forderung der Gewerkschaften nach einer besseren und gerechteren Fürsorge für die Erwerbslosen soll erfüllt werden. Der Entwurf entspricht nicht dem, was vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus notwendig ist, doch bietet er eine Grundlage, auf der sich weiterbauen läßt. Mit aller Entschiedenheit ist den Verschlechterungsabsichten entgegenzutreten, die von den bürgerlichen Arbeitgeberverbänden vertreten werden und die Einheitlichkeit der Arbeitslosenversicherung bedrohen. Dort möchte man nach dem Muster der Angelegenheitsversicherung auch bei der Arbeitslosenversicherung eine Sonderanordnung für die Angestellten herbeiführen. Zu einer solchen Zersplitterung, die naturgemäß die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung beeinträchtigen müßte, darf es nicht kommen. Dagegen bedarf der Verwaltungsaufbau des Entwurfs einer gründlichen Klärung. Die Gewerkschaften fordern für die Arbeitslosenversicherung weitgehende Selbstverwaltung. Sie wollen Vertretung und Arbeitsnachweis in den Dienst einer systematischen Arbeitsmarktpolitik stellen. Dazu ist die Verschmelzung von Arbeitsnachweis und Versicherung zu einem einheitlichen Organ notwendig. Träger der Versicherung soll ein Reichsarbeitsamt sein, dem Landesarbeitsämter und Bezirksarbeitsämter unterordnet werden. Des weiteren ist eine gründliche Prüfung der Lohnklassen, Beiträge und Leistungen erforderlich, um das Gesetz den bestehenden Bedürfnissen anzupassen. Die Absicht der Regierung geht dahin, die Beratung des Entwurfs möglichst zu beschleunigen, um das Gesetz bereits am 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Das darf nicht dazu führen, die Verhandlungen zu überhüten, denn die Arbeiter ist nicht damit gebietet, ein Mißverständnis zu lassen, dessen Unzulänglichkeit die Arbeitslosenversicherung von vornherein in Mitleidenschaft bringen.

Die Arbeitslosigkeit hat im Januar d. J. eine weitere Steigerung erfahren. Am 1. Januar wurden 1747 000 Vollerwerbslose gezählt. Ihre Zahl stieg bis zur Mitte des Monats auf 1 634 000. Das ist eine Zunahme um 5 Prozent. Von einer Besserung der Geschäftslage ist somit trotz aller gegenteiligen Prognosezeichen nichts zu bemerken. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit geht die Steigerung der Preise parallel. Im Januar 1926 stand der Großhandelsindex auf 135,8, im Januar 1927 auf 137,1. In der gleichen Zeit stieg der Lebenshaltungindex von 129,8 auf 144,3. Weber Krise noch Nationalisierung der Produktion haben also eine Herabsetzung der Preise notwendig. Dabei hat sich die Produktion infolge der Nationalisierung beträchtlich erhöht. Neue Kaufkraft wurde aber dadurch nicht geschaffen, da wegen der Arbeitslosigkeit vermehrt und so weitere Kaufkraft vernichtet. Schuld daran trägt in der Hauptlage die Kartell- und Syndikalpolitik der Industrie, die sich immer offensichtlicher als Verhältnis für die deutsche Wirtschaft herausstellt und deren Wirkungen auch die vom Reichstage beschlossenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht zu beheben vermögen. Die von Reichsarbeitsministerium Jacoben herausgegebene Denkschrift über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms muß deshalb resigniert zuerkennen, daß es die Kräfte des Staats übersteigt, eine Arbeitslosigkeit von solchem Umfange, deren letzte und wesentlichste Ursache die Zerrüttung und Umwälzung der wirtschaftlichen Beziehungen und der nationalen Wirtschaft ist, ganz oder auch nur in der Hauptlage zu beseitigen. Es ist gewiß nicht zu bestreiten, daß die durch den Krieg herbeigeführten Umwälzungen unter wirtschaftliches Glend herbeiführten, es brauchte aber nicht so groß zu sein, wenn sich die Regierung zu einem nachdrücklichen Einschreiten gegen diejenigen Kreise entschließen würde, denen die wirtschaftliche Not des Volkes eine Quelle der rücksichtslosesten Bereicherung ist.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für den Ueberflusse der Arbeitslosenminister an den Reichsministerien und Regierungen der Länder ein neues Rundschreiben gerichtet. Er verlangt darin, daß bei den staatlichen und sonstigen öffentlichen Beschaffungsstellen die Lieferkriterien so zu bemessen sind, daß die Aufträge auch von weniger kapitalkräftigen Unternehmen, die nicht in der Lage sind, ausreichende Lagerorräte zu halten, ohne Ueberflusse der Arbeiter ausgeführt werden können. Öffentliche und aus unübertragbaren Haushaltsmitteln finanzierte Aufträge sollen nicht erst kurz vor Ende des Haushaltsjahres vergeben werden, weil dies leicht dazu führt, diese Aufträge durch Ueberflusse zu erledigen. Rundschreiben dieser Art, auch zur anderseitigen Unterbindung des Ueberflusses umgewandelt sind schon oft herausgegeben worden. Auf ihre Wirkung warten jedoch die Arbeiter noch immer vergebens. Behörden und Unternehmer nehmen davon Kenntnis, ohne sich veranlaßt zu fühlen, ihnen Beachtung zu schenken. Die Forderung eines Folgegesetzes zur Wiederherstellung des Absatzbuntags und Ratifizierung des Rahmvertrag Abkommens kann deshalb nicht nachdrücklich genug vertreten werden. Ihre Verwirklichung allein verspricht eine ständige Besserung der immer unbilliger werdenden Verhältnisse.

Der Lebenshaltung der deutschen Verbraucher droht eine schwere Gefahr. Entgegen allen Beschwichtigungsversuchen der agrarischen Interessenten werden die Vorräte an inländischem Roggen immer knapper, was eine zunehmende Preissteigerung des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes, zur Folge hat. Vom Januar 1926 ist der Roggenpreis bis Januar 1927 um 150,22 % auf 253 % gestiegen. Zu dieser Steigerung hat die im August 1926 eingetretene Follerhöhung sehr wesentlich beigetragen. Der Vorratsspreis pro Tonne betrug einschließlich des Zolles 168 M. Der gegenwärtige Preis liegt also um 50 Prozent höher und übersteigt die Preisermäßigung der meisten sonstigen Produkte, die für die Ernährung in Betracht kommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb beantragt, daß die Einfuhr von Roggen vom 1. Februar bis 30. Juni 1927 zulässig sei.

sch geht. Dieser Forderung kann um so leichter entsprochen werden, als die Landwirtschaft ihre Ernte zum überwiegenden Teil bereits im Dezember verkauft hat und den Restbestand spätestens bis 1. April ausverkauft haben dürfte. Sie hatte also Gelegenheit, ihr Getreide zu heillosen hohen Preisen zu verwerten. Wird der drohenden Notlage nicht rechtzeitig entgegengetreten, so kann nicht ausbleiben, daß die Spekulation aus ihr Gewinn zu ziehen sucht und die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung eine schwere Beeinträchtigung erfährt. Die Aufhebung der Zölle für den Rest des Erntejahres ist daher eine dringliche Notstandsmaßnahme. Ein Einverständnis ist um so mehr geboten, als festzustellen ist, daß die vom Getreide anscheinende Verteuerung sich auf alle anderen Lebensmittel überträgt.

Nach § 156b RVO. müssen bei jeder Berufsgenossenschaft Einrichtungen getroffen werden, die sicherstellen, daß an der förmlichen Feststellung der Versicherungsleistungen mindestens ein Vertreter der Versicherten beteiligt ist. Mit dieser Vorschrift sollte den Versicherten ein beschränktes Mitwirkungsrecht bei der Unfallversicherung gegeben werden. Eine besondere Bedeutung hat sie nicht, weil der Arbeitnehmervertreter im Entschädigungsausschuß mit etwaigen Einsprüchen stets in der Minderheit bleiben wird. Dennoch hat die genannte Vorschrift in zahlreichen Fällen keine oder nur unzulängliche Beachtung gefunden. Das Reichsversicherungsamt sieht sich deshalb genötigt, durch ein Rundschreiben die Vorstände der Berufsgenossenschaften auf den genannten Paragraphen hinzuweisen und seine Beachtung zu fordern. Damit wird natürlich der Fehler in der Konstitution des Versicherungsträgers nicht beseitigt. Auch bei Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften kommen die Versicherten nicht auf ihre Rechnung. Eine wirksame Abhilfe kann nur durch die parlamentarische Zusammenlegung der Träger der Unfallversicherung herbeigeführt werden, wie sie für die anderen Zweige der Sozialversicherung besteht.

Edele Menschen.

Die Berliner „Börse-Zeitung“, ein Organ der Reaktionsmänner aus „Industrie, Handel und Schifffahrt“, schrieb einmal: „Das beste Menschenmaterial wandert aus Deutschland aus ... während das am wenigsten wertvolle Material (!), der proletarische Massenmenschen, zurückbleibt.“ Und während die deutsche Arbeiterklasse in Not und Elend verdingt, kannte der Arbeiterführer, den man zum Redakteur der „Börse-Zeitung“ gemacht hatte, kein wichtigeres Problem, als „wie man dies schlechte Blut zum Köstlichen bringen“ könne.

In dieser Bestialität steckt auch ein Stück Regierungsprogramm. Ganz so hündisch wie der hauswirtschaftliche Fohlenjäger ist der Herr Reichsminister a. D. Dr. Ang. Gothein nicht, aber auch er bedauert, daß die „Besten“ auswandern und ist mit den zurückgebliebenen ungelerten Arbeitern nicht zufrieden. Die Liebe beruht auf Gegenseitigkeit, wobei wir das Aktivum buchen können, daß auch die gelerten Arbeiter dem Ingenieur Gothein nicht über den Weg trauen. Herr Gothein ist (oder war?) Demokrat, aber er ist im „Nebenamt“ nicht nur der pensionierten Minister a. D., sondern auch der besten besetzten Vorführer verschiedener kapitalistischer Organisationen. Diesmal kommt er uns als Vorsitzender des Außenhandelsverbandes.

In seiner Klage über den Rückgang des deutschen Außenhandels glaubt er die Schuld an der „unpünktlichen Lieferung“ der deutschen Industrie auf die Schifffahrt abwälzen zu können. Die deutsche Schifffahrt ist leistungsfähig, aber die hiesige ausländische läßt arggerneht die deutsche Ware liegen. Aber ... wenn Herr Gothein den Unternehmern auf die Schliche gekommen ist, hat er für sie stets ein entschuldigendes aber. Diesmal sieht es so aus:

Die Verzögerungen erfolgen aber auch bisweilen in den deutschen Häfen. Weigern sich die Verladearbeiter, Ueberstunden zu machen, und muß das Schiff zur bestimmten Zeit abfahren, wie das bei Linienfahrten nicht anders geht, so wird die Sendung um viele Wochen verzögert. Der deutsche Fabrikant gerät dadurch unerschütterlich in den Ruf der Unpünktlichkeit. Der deutschen Wirtschaft erwachsen daraus schwere Schäden, der Arbeiterklasse Arbeitslosigkeit.

Selbstverständlich verlangt Herr Gothein, daß man ihm die Verleumdung der deutschen Verladearbeiter aufs Wort glaubt. Nur ungläubwürdige Leute, denkt er, beweisen, was sie behaupten. Wenn ein Schiff einen deutschen Hafen verläßt, ohne alle für es bestimmten Waren überzunehmen, dann liegt das einzig an der falschen Disposition des Reeders oder des Stauers. In deutschen Häfen wird bis zu drei Stunden Ueberarbeit geleistet, und ist damit die Arbeit nicht getan, so hat der Stauer es in der Hand, rechtzeitig die zweite Schicht zu bestellen. Auf jeden Fall ist es möglich, das Schiff rechtzeitig mit aller für es bestimmten Ladung aus dem Hafen zu bringen, wenn nicht Reeder oder Stauer es unmöglich machen. Wir bestreiten, daß der deutsche Außenhandel durch die Ueberarbeitverweigerung der Hafenarbeiter geschädigt wird. Wir wissen, daß weder Gothein noch seine Gewährsmänner ein Schiff nennen können, das durch die Schuld der Arbeiter den Hafen unter Zurücklassung von Waren verlassen mußte.

Dann verlegt Gothein der „unzweckmäßigen Ueberorganisation“ einen Stieb. Aber, sagt Herr Gothein:

„Wiesach ist auch die Güte der Leistung des deutschen Arbeiters zurückgegangen. Der Anflug, daß in den ersten Jahren nach dem Krieg die Spanne zwischen dem Lohn des gelerten und dem des ungelerten Arbeiters minimal war, ließ den Anreiz verschwinden, etwas Ueberflusses zu lernen. Meistie sich das doch nicht bezahlt, denn der Gehalt verdienten weniger als der gleichgültig ungelerte Arbeiter. Das massenhafte Entzweigen der letzteren in die Gewerkschaften

und ihre turbulenten Ausschreitungen zwang diese, eine so verkehrte Lohnpolitik zu vertreten. Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer haben damals ihr Leid über diesen Anflug gellacht, den sie mitzumachen gezwungen wurden. Heute fehlt es unserer Industrie wie dem Bergbau an gelerten Arbeitern, während von der Arbeitslosigkeit in erster Linie die ungelerten Arbeiter betroffen werden. Aufträge können vielfach nicht übernommen werden, weil es an gelerten Arbeitern fehlt. Die Lohnspanne hat sich inzwischen zugunsten der letzteren wohl etwas erweitert, aber noch nicht genug, und es wird Jahre dauern, ehe wir die Schäden der zu geringen Spanne überwunden haben.“

Die „Lohnspanne“, das Lohnverhältnis des gelerten Arbeiters zum ungelerten Arbeiter, hat schon manchem Profiträger und seinen Goldschreibern Gelegenheit gegeben, tiefgründige volkswirtschaftliche Weisheiten zu verzapfen. Der „hohe“ Lohn der Ungelerten soll schuld sein an der Unlust, ein Handwerk zu lernen. Herr Gothein will nicht wissen, daß die Bedeutung des gelerten Arbeiters immer mehr zurückgeht. Immer häufiger wird der gelerte Arbeiter durch den angelernten ersetzt und der angelernte durch den ungelerten. Immer mehr steigt in Arbeiterkreisen das Bedenken, die Kinder in eine Lehre zu geben, wo sie häufig nichts weiter lernen als was ein halbwegs intelligenter Arbeiter mit den Augen sehen kann. Es ist selbstverständlich, daß der angelernte jugendliche Arbeiter mehr verdienen muß als der Lehrling, dafür hat dieser ja fünfzig Jahre lang den höheren Lohn des gelerten Arbeiters — wenn ihm die Rationalisierung nicht aus dem Beruf in die Masse der ungelerten Arbeiter legt. Es ist angelehnt der fürchtbaren Arbeitslosigkeit auch unter den gelerten Arbeitern, eine unqualifizierbare Behauptung, daß es an gelerten Arbeitern fehle. Es kann höchstens an Gelerten fehlen, die bereit sind, für einen Lohn zu arbeiten, der nicht weit über der Erwerbslosenunterstützung steht. Nicht der angeblich hohe Lohn der Ungelerten, sondern der Hungerlohn der Gelerten warnt die Väter, ihre Söhne in die Lehre zu geben — hinderlich ist aber daran, denn mit ihrem Hundelohn können sie keinen der Schule entwachsenen Sohn noch drei oder vier Jahre durchschleppen. Nach Absolvierung der Lehrzeit wird der junge Mann entlassen und kommt vielleicht nie wieder in seinem Beruf zurück, er taucht unter in der Arme der „Ungelerten“.

Herr Gothein freut sich, daß die Spanne „inzwischen“ zugunsten der Gelerten erweitert wurde. In Wirklichkeit hat sich der Lohn der Gelerten wenig oder gar nicht erhöht, die Spanne wurde also auf Kosten der Ungelerten zugunsten der Unternehmer vergrößert. Was Herr Gothein über die durch „turbulentes Ausschreiten“ der ungelerten Arbeiter erzwungene „verkehrte Lohnpolitik“ sagt, scheinbar war ihm, ebenso die „sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer“, die augeblich (Herr Gothein läßt nämlich!) ihr Leid über den Anflug klagten. Wenn aber das ganze Geleire einen Sinn haben sollte, dann müßte Herr Gothein den Nachweis bringen, wann, wo und welche Aufträge „vielfach“ nicht übernommen werden können, weil es an gelerten Arbeitern fehlt. Wir werden lange auf den Nachweis warten können. Herr Gothein wollte ja auch nur eine Begründung mehr für seine Klage über den zurückgebliebenen Außenhandel. Aber, sagt er, „es muß wenigstens im Innern alles weggeräumt werden, was hinderlich im Weg steht.“ Herr Gothein kennt, weiß, daß sein sozialpolitisches und steuerrechtliches Programm nur von den Westpartnern in der Regierung durchgeführt werden kann.

Aus unserem Berufe

Hafenarbeiter.

Schiffverkehr in Hamburg, Antwerpen, auf dem Neuen Waterweg und in Rotterdam. Eine vergleichsweise Aufstellung der Hafenerverkehrsziffern in Hamburg, Antwerpen, auf dem Neuen Waterweg und in Rotterdam für den Monat Januar zeigt folgendes Bild:

	Hamburg		Antwerpen	
	Schiffe Netto-Reg.-T.	Reg.-T.	Schiffe Netto-Reg.-T.	Reg.-T.
1926	1215	1 509 306	954	1 665 367
1925	1030	1 291 044	844	1 557 042
Unterschied	+ 185	+ 218 262	+ 110	+ 108 325

	Neuwaterweg		Rotterdam	
	Schiffe Netto-Reg.-T.	Reg.-T.	Schiffe Netto-Reg.-T.	Reg.-T.
1926	1327	2 088 245	1127	1 780 850
1925	1108	1 708 523	809	1 361 147
Unterschied	+ 219	+ 379 722	+ 318	+ 419 703

Die amtlichen belgischen Zahlen über den Tonnenumsatz sind in der allgemein üblichen Netto-Reg.-Tonnen umgerechnet worden, um den richtigen Vergleich mit den anderen Häfen zu erhalten.

Unsere Jugend

Auf dem Amsterdamer Kongress der Sozialistischen Jugend-Internationale ist zwischen den Vertretern der drei großen internationalen Verbindungen der sozialistischen Bewegung, nämlich der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Jugend-Internationale die Vereinbarung getroffen worden, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der erwerbsfähigen Jugend anzugehen.

In Ausführung dieses Beschlusses hat nunmehr am 31. Januar in Berlin die erste gemeinsame Konferenz stattgefunden, die sich mit der Vorbereitung dieser Aktion beschäftigte.

Der Bundesbeitrag für die 9. Woche

(20. bis 26. Februar 1927) ist fällig.

25 000 Erwerblosse

hat die Organisation Woche für Woche zu unterstützen. Jedes erwerblosse Bundesmitglied ist eine Mahnung zur treuen Pflichterfüllung gegen die Organisation.

im Juni 1926 hingegen 59 117 000 Tonnen, wobei die Gezele und die hölzernen Dampfer nicht mitgerechnet sind.

Von dieser gewaltigen Weltanbahnung waren im Juni 1926 über 6 Millionen Tonnen angelegt, das heißt, zur Unzeitigkeit verdammt.

Opfer des Verkehrs. Aus einer Statistik des Statistischen Reichsamtes ergibt sich, daß die tödlichen Unglücksfälle in Deutschland trotz der Opfer, die der gesteigerte Verkehr fordern, in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Rückgang gegenüber der Vorkriegszeit erfahren haben.

Im Jahre 1913 sind 16 898 tödliche Unglücksfälle, während ihre Zahl im Jahre 1924 nur noch 14 574 betrug. Von dem Rückgang profitieren in erster Linie Männer, während die Zahl der tödlich verunglückten Frauen fast gleich geblieben ist.

Um die Autobahn Köln-Düsseldorf. Die Industrie- und Handelskammer Essen erklärte sich in einer Volksversammlung mit großer Mehrheit gegen die geplante Autobahn Köln-Düsseldorf, wie auch gegen eine evtl. Weiterführung über Duisburg nach Essen.

Allgemeines.

Die Volksfürsorge im Jahre 1926. Mit einem durchaus zufriedenstellenden Ergebnis schloß die Volksfürsorge-Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft das Geschäftsjahr 1926 ab.

Bei einer solchen Entwicklung der Volksfürsorge wachsen natürlich auch die Prämieinnahmen. Das wirkt sich darin aus, daß den wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeiterschaft noch mehr als bisher Sympathien entgegengebracht werden können.

Die Aufhebung der Wartzeit bei den infolge akuter Infektionskrankheiten, Entbindungen usw. eingetretenen Todesfällen, sowie die Einführung der Gratis-Unfallversicherung hat sich außerordentlich segensreich erwiesen und der Volksfürsorge viele neue Freunde zugeführt.

Ueberstunden in der Sowjetunion — als wäre es ein Land der Krupp und Thyssen. Daß der Umfang der tatsächlich geleisteten Ueberarbeit in der Sowjetunion bedeutend größer ist, als die Zahl der von den Arbeitsinspektoren zugelassenen Ueberstunden, ist längst bekannt.

Die Umsätze der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. im Jahre 1926. Der Gesamtumsatz besaßte sich: für 1926 auf 294 173 971,27 M.

An in den eigenen Betrieben hergestellten Erzeugnissen wurden umgelegt: im Jahre 1926 45 675 779,92 M. im Jahre 1925 35 339 389,10 M.

Nachstehende Zahlen bezeugen die unverkennbare Aufwärtsbewegung der Umsätze:

Table with 3 columns: Year, Gesamtumsatz, Eigenproduktion. Rows for 1913, 1924, 1925, 1926.

Die Gesamtzahl der in den Betrieben der Großverkaufsgesellschaft Beschäftigten betrug im letzten Jahre 4608.

Zerissenheit.

Ich bitte um Mitleid. Ich weiß nun gar nimmer Bescheid in der Welt. Ich kann vorn und hinten nicht mehr unterliegen, und wenn ich mich umdrehe oder auf den Kopf stelle, dann ist's mir, als ginge eine Kaffeedose durch das Maßwerk in der Mühle.

Kurz und gut: die Welt ist entweder ein Affenstall, oder ich bin hoffnungslos verurteilt. Ihr sollt mir nun alle sagen und raten und helfen und mich, wenn es geht, wieder lotrecht auf meine zwei Beine stellen.

Ich meine nämlich immer folgendes zu sehen: Die da nicht arbeiten, fahren süßlich im Wagen, aber die da müde sind vom schweren Werk, die marachen sich ab am langen Heimweg.

Eine arme Frau bleibt nur einen halben Tag aus der Fabrik fort, um ihr Kind zu begraben. Morgen geht sie wieder. Der halbe Tag wird ihr vom Lohn abgezogen.

Ich sehe, daß viele gar nicht arbeiten, Ehre genießen und Luft um Luft verpuffen.

Ich sehe graue Millionen von Arbeitern, die von nichts wissen, von der Welt nicht, von keiner Luft, keiner Zukunft...

Ich sehe Krankenhäuser... und Suchthäuser... und Waisenörter... und Klagen...

Ein Dichter verfaßt Schamvoll und gepfeifert in lärmende Ohnmacht wegen einer Schusterrechnung...

Ein bider Mann im Pelz kauft sich zehn gute Zigarren...

Ein Arbeiter segnet die Welt... Ein Richter legt seine Kappe auf... Ein Minister redet seine Rede... Ein Arbeiter liest ein bürgerliches Blatt...

Da wundere ich mich über nichts mehr.

Literatur.

Adolf Wagner: Staatsbürgerliche Bildung ein Vermächtnis. Herausgegeben von Dr. Adolf Damaschke, Bodenreform (101.-120. Aufl.), Berlin, Lessingstr. 11. (Preis 50 Pf., 10 Stück à 30 Pf.)

Sehen Sie, Adolf Wagner's letzter Vortrag „Staatsbürgerliche Bildung“, den der Vorkämpfer auf einem Fortschrittstag der Bodenreform für staatsbürgerliche Bildung im Mai 1915 hielt, neu erschienen. Das Buch enthält Grundgedanken staatsbürgerlicher Bildung.

Heft 5 der „Urania“, Jahrg. 26/27, Kulturpolitische Monatshefte über Kultur und Gesellschaft. Bezugspreise:

Ausgabe A (3 Hefte und eine broch. Buchbeilage) pro Vierteljahr 1,60 RM., Ausgabe B (3 Hefte und eine gebundene Buchbeilage) pro Vierteljahr 2,25 RM.

Das Februar-Fest der „Urania“ wird eingeleitet mit einem Aufsatz „Das Erbe des Mann“ von Dr. Jacob Ritter. Jeder politische Interessierte wird daraus nicht nur wichtige Aufschlüsse über Weltanschauungen und andere die heilige Eigenart der Menschheit beeinflussende Erklärungen erhalten, sondern auch für die eigene politische Betätigung mancherlei Anregungen erhalten.

Unser Planetarium. Von Dr. Werner Bloch. Sammlung „Wege zum Wissen“, Verlag Ullstein, Berlin.

Die Sternkunde soll lange für eine Art Geheimwissenschaft. In letzter Zeit ist das anders geworden: Das allgemeine Interesse an den Himmeln des „geliebten Himmels“ über uns läßt sich nicht mehr mit geistiger Gleichgültigkeit, mit Verneinung und mathematischen Gesetzen betrachten.

Briefkasten.

A. F. in Frankfurt. Leider nicht für unser Organ geeignet. Dank und Gruß Red.

Verlagsanstalt „Courier“ S.m.b.H. des Deutschen Verkehrsbandes Berlin S.O. 16, Michaelstr. 1.

Sonderangebot

Durch einen günstigen Abschluß sind wir in der Lage, den Kollegen folgendes Sonderangebot zu unterbreiten:

F. M. Dostojewski:

- Ein Verdender, Roman in 2 Bänden. Die Dämonen, Roman in 2 Bänden. Der Djiot, Roman in 2 Bänden. Aufzeichnungen aus einem Totenhäuf. Erniedrigte und Verleibte, Roman in 1 Band.

Leo Tolstoi:

- Kindheit, Anabensjahre, Jugendzeit. Krieg und Frieden, Roman in 4 Bänden. Anna Karenina, Roman in 2 Bänden. Auferstehung, Roman in 1 Band. Der Ueberfall, Erzählungen. Der Leinwandweber, Erzählungen. Hadschi Murat, Erzählungen. Volkserzählungen. Dramen.

Die von uns hier angebotene Ausgabe ist die Originalausgabe, auf gutem, holzfreiem Papier gedruckt und in Ganzleinen gebunden. Der Preis beträgt pro Band

fast 7,50 M. nur 3,- M.

Bestellungen bitten wir gesammelt durch die Ortsverwaltung an uns gelangen zu lassen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Adresse des Bundesauschusses ist: August Ubede, Magdeburg, Schrotestr. 17, III.

Abhandlen bekommen sind die Mitgliedsbücher nachbenannter Kollegen:

- In Dresden: Gustav Ludwig, Spt.-Nr. 804 684; Paul Reuber, Spt.-Nr. 800 373. In Langensilau: Adolf Driehner, Spt.-Nr. 2 088 069. In Triebles: Max Hewig, Spt.-Nr. 2 574 595. In Jitzlau: Wilhelm Weidlich, Spt.-Nr. 2 457 269.

Falls diese Ausweise vorgezeigt werden, bitten wir, sie abzunehmen und an den Unterzeichneten einzuliefern.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 17, Ziffer 8a und b der Bundesatzung:

- In Braunschweig: Rob. Ohlendorf, Spt.-Nr. 1 701 432. In Essen: Wilhelm Bergmann, Spt.-Nr. 1 835 785; Arthur Eckhard, Spt.-Nr. 1 835 554; Karl Selig, Spt.-Nr. 1 832 252; Georg Schmitt, Spt.-Nr. 1 834 976; Fritz Wagner, Spt.-Nr. 1 835 295. In Püritz: Fritz Götner; Spt.-Nr. 1 880 905; Kaver Jäger, Spt.-Nr. 1 881 221; Georg Jiermann, Spt.-Nr. 1 881 782. In Görlitz: Wilhelm Sirt, Spt.-Nr. 1 913 028.

Der Vorstand.

Oswald Schumann, Berlin SO 16, Michaelstr. 1.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Lindow, Berlin SO. Verlagsanstalt „Courier“, S. m. b. H., Berlin SO. Druck: Kauer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 26-28.